



An den Grossen Rat

20.5355.02

GD/P205355

Basel, 16. Dezember 2020

Regierungsratsbeschluss vom 15. Dezember 2020

Schriftliche Anfrage Pascal Pfister betreffend «Schriftliche Anfrage betreffend Versorgungssicherheit, Lagerhaltung und Rückverlagerung der Produktion»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Pascal Pfister dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Zu Beginn der Corona-Pandemie war die Versorgungslage für bestimmte Medikamente, Ethanol, Desinfektionsmittel und persönliche Schutzmaterialien zeitweise angespannt. Damit kam die Frage der Versorgungssicherheit in den Fokus des öffentlichen Interesses.

Als Gründe für die Engpässe nennt scienceindustries, der Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences, in einem Positionspapier «die massiv gestiegene Nachfrage nach einzelnen Gütern, Grenzschiessungen, Exportbeschränkungen, mangelnde Diversifizierung der Lieferanten und fehlende Transportkapazitäten».ⁱ

Weil viele dieser Güter nicht mehr in Europa produziert werden und durch die Lockdown-Massnahmen während der Corona-Pandemie der Handel teilweise zum Erliegen kam, kommt die Frage nach der Erhöhung der Versorgungssicherheit im europäischen und nationalen Rahmen bei Medikamenten und Impfstoffen auf das politische Tapet.

Ebenso gewann die Debatte über ein «Marktversagen» bei nicht-profitabler Pharmaforschung an Brisanz. Die Forschung am Corona-Virus sei, so viele Stimmen, trotz Warnungen der WHO vernachlässigt worden. Das gleiche gelte für die Antibiotika-Forschung.ⁱⁱ Die öffentliche Hand hat in Österreich mit einem finanziellen Beitrag mitgeholfen, dass die letzte Penicillin-Produktion von Sandoz in Europa weitergeführt werden kann.ⁱⁱⁱ Auch die Industrie hat reagiert und einen Risikokapitalfonds (AMR-Fund) zur Finanzierung konkreter Entwicklungsprojekte für neue Antibiotika gegründet.^{iv}

Als Life Science-Standort sind Basel-Stadt und die Region Nordwestschweiz prädestiniert, um bei den Themen Versorgungssicherheit, Rückverlagerung von systemrelevanten Produktionskapazitäten und der Förderung von vernachlässigter Forschung einen Beitrag zu leisten. Seitens der Industrie existieren einige Ansätze.

Die Frage, inwiefern der Bund oder die Kantone (als Verbund in der Nordwestschweiz) diese Anstrengungen unterstützen können, ist Gegenstand dieser schriftlichen Anfrage.

1. Pflichtlager und Lagekapazitäten

- a) Welche Ausweitung der Pflichtlager und Lagerkapazitäten bei Bund, Kantonen, Spitätern und Industrie ist aufgrund der Erfahrungen während der Corona-Krise notwendig oder sinnvoll?
- b) Welche Lösungsansätze verfolgt der Kanton Basel-Stadt in dieser Hinsicht?

2. Koordination von Produktionskapazitäten in Europa

Welchen Beitrag kann die Region Nordwestschweiz in Zusammenarbeit mit dem Bund und in Abstimmung mit den europäischen Partnern leisten, um die Versorgungssicherheit zu garantieren?

3. Vernachlässigte Forschung

Forschung nach Wirkstoffen und Medikamenten, die für Pharmafirmen nicht genug profitabel sind, stellen die Gesellschaft und Industrie vor Herausforderungen. Inwiefern gibt es Bestrebungen des Bundes in diesem Bereich aktiv zu werden und wie könnten die Kantone dies unterstützen?

Der Kanton hat die Ansiedlung von Moderna in Basel unterstützt, welche an einem COVID19-Impfstoff forscht.^v. Wie können weitere solche Firmen in Basel angesiedelt werden?

Pascal Pfister»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitung

Life Sciences und der Gesundheitscluster am Platz Basel haben eine lange Tradition. Von einer guten Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Gesundheitsversorgung, den Hochschulen sowie der privaten Forschung und Entwicklung profitiert die Region Nordwestschweiz enorm. So fließen hier die meisten Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Schweiz, namentlich von privaten Unternehmen. Ein innovationsfreudliches Umfeld wird zudem durch die Technologie- und Innovationsparks der Region und durch Dienstleistungen und durch Unterstützungsprogramme der öffentlichen Innovationsförderung geschaffen. Die Region Basel verfügt mit den Life Sciences somit über einen Schwerpunkt in einer globalen Zukunftsbranche. Knapp 28% der Gesamtwertschöpfung der Region wird in den Life Sciences erwirtschaftet und knapp 9% aller Beschäftigten der Region arbeiten im Life Sciences Cluster. Im Kanton Basel-Stadt sind diese Anteile mit 44% bei der Gesamtwertschöpfung, respektive mit 11% der Beschäftigten, noch einmal bedeutend grösser. Der Kanton und der Regierungsrat pflegen mit der Branche einen sehr engen Austausch, dies namentlich im Rahmen von Leistungsverträgen, regelmässigen Firmengesprächen und über den Einsatz in strategischen Führungsgremien.

Von diesen guten und engen Beziehungen konnte der Kanton Basel-Stadt auch in der aktuellen Corona-Krise profitieren. Allerdings muss festgehalten werden, dass sich die Produktion und die Mangellagen in einer Pandemie global zeigen und nur begrenzt lokal wirksam gesteuert werden können. Die Koordinationsbemühungen gerade im Bereich von Produktionskapazitäten und Forschung liegen daher zu einem grossen Teil auf nationaler Ebene. Bestehen jedoch für den Kanton Handlungsmöglichkeiten, nimmt er auch entsprechend Einfluss.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. Pflichtlager und Lagerkapazität

- a) Welche Ausweitung der Pflichtlager und Lagerkapazitäten bei Bund, Kantonen, Spitätern und Industrie ist aufgrund der Erfahrungen während der Corona-Krise notwendig oder sinnvoll?

Die Pflichtlager decken bei den lebenswichtigen Arzneimitteln einen Durchschnittsverbrauch von drei bis vier Monaten. Eine deutliche Erhöhung ist nicht möglich, dies einerseits aufgrund der beschränkten Haltbarkeiten, andererseits aufgrund der zusätzlichen Belastung für die Lieferanten, welche zu weiteren Marktrückzügen führen kann. Die Pandemiebevorratung ist deshalb mittels Pflichtlagerhaltung nur beschränkt möglich. Eine verordnete Lagerhaltung in den Institutionen des Gesundheitswesens, insbesondere für Schutzmaterial und Medikamente, wird im Rahmen der zukünftigen Gesamtstrategie zu diskutieren sein. Hier ist es noch zu früh, um konkrete Angaben machen zu können. Es wird aber auf jeden Fall, sei dies als Empfehlung oder als Weisung, an

den Institutionen des Gesundheitswesens sein, für das Auftreten von Epidemien zum Schutz von Mitarbeitenden und Patienten besser vorbereitet zu sein. Die Pflichtlagerhaltung wird alle vier Jahre überprüft, dadurch sind immer wieder Veränderungen und Schwankungen möglich – siehe dazu auch den Vorratshaltungsbericht 2019¹.

b) Welche Lösungsansätze verfolgt der Kanton Basel-Stadt in dieser Hinsicht?

Bei der Beantwortung dieser Frage muss festgehalten werden, dass die Pflichtlagerhaltung nicht in die Kompetenz des Kantons fällt. Aufgrund der während der Pandemie gewonnenen Erfahrungen wird er jedoch namentlich die Anordnung einer Lagerhaltung für Schutzmaterial und Medikamente in den Institutionen des Gesundheitswesens prüfen. Denn aufgrund der aus der Pandemiebewältigung gewonnenen Erkenntnisse möchte der Kanton in Zukunft noch besser auf eine solche Situation vorbereitet sein und die entsprechenden Massnahmen und Instrumente verfeinern.

Mit der Wahl der Kantonsapotheke des Kantons Basel-Stadt im Oktober 2020 in den Fachausschuss der Meldestelle für lebenswichtige Humanarzneimittel des Bundesamtes für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) ist bereits ein entsprechender Schritt erfolgt. Denn die Meldestelle hat zum Ziel, Lieferunterbrüche bei Medikamenten rasch zu erfassen und Massnahmen zur Sicherung der Versorgung der Patienten zu ergreifen, wenn die Wirtschaft die Situation nicht mehr eigenständig bewältigen kann.

2. Koordination von Produktionskapazitäten in Europa

Welchen Beitrag kann die Region Nordwestschweiz in Zusammenarbeit mit dem Bund und in Abstimmung mit den europäischen Partnern leisten, um die Versorgungssicherheit zu garantieren?

Die Nordwestschweiz hat insbesondere in den Bereichen Chemie und Pharma (Fachbereich Industrie) sowie Logistik Rheinhäfen (Fachbereich Logistik) eine grosse Bedeutung für die Landesversorgung. Die «Koordination der Produktionskapazitäten» hat strukturpolitische, wirtschaftspolitische und aussenwirtschaftspolitische Aspekte. Die entsprechende Abstimmung mit den europäischen Partnern liegt folglich in der Kompetenz des Bundes.

3. Vernachlässigte Forschung

Forschung nach Wirkstoffen und Medikamenten, die für Pharmafirmen nicht genug profitabel sind, stellen die Gesellschaft und Industrie vor Herausforderungen. Inwiefern gibt es Bestrebungen des Bundes in diesem Bereich aktiv zu werden und wie könnten die Kantone dies unterstützen?

Der Bund unterstützt sogenannte «nicht profitable Forschung» beispielsweise durch vereinfachte Zulassungen für Wirkstoffe und Medikamente, welche seltenen Krankheiten zu gute kommen (Orphan Drug Status). Hierbei handelt es sich um Wirkstoffe für sehr seltene Krankheiten, welche für die Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen nicht profitabel sind. Dies namentlich aufgrund eines zu kleinen Absatzmarktes oder weil nicht genügend Patienten für die nötigen Zulassungs-Studien vorhanden sind.

Auch auf kantonaler Ebene wird über die Basel Area Business & Innovation (BA) aktive Innovationsförderung betrieben. BA ist die gemeinsame Innovationsförderung und Standortpromotion der Nordwestschweizer Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura. BA unterstützt Firmengründerinnen und -gründer sowie Unternehmen aus dem In- und Ausland bei der Umsetzung ihrer Innovations- und Geschäftsvorhaben in der Region Basel unter anderem im Bereich der Medikamentenentwicklung. Zudem eröffnete der Kanton im Jahr 2011 den Technologiepark Ba-

¹ <https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/dokumentation/grundlagendokumente.html>

sel auf dem Stücki Areal in Kleinhüningen. Dieser bietet auf knapp 7'000m² Büro- und Laborflächen für innovative Jungunternehmen vornehmlich im Bereich Life Sciences.

Die Kongressförderung des Kantons Basel-Stadt hat schliesslich zum Ziel, Basel als innovativen Wirtschafts- und Wissensstandort zu stärken. Die vom Regierungsrat definierten und unterstützten Branchen sind insbesondere die Life Sciences. Gefördert werden auch wissenschaftliche Kongresse mit einem starken Bezug zu Schlüsselbranchen und Technologiefeldern. Das Thema «vernachlässigte Forschung» fand auch Eingang ins diesjährige Swiss Innovation Forum, wo unter dem Patronat der Standortförderung im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) die Anstrengungen verschiedener Akteure in Basel aufgezeigt wurden, gegen Antibiotikaresistenzen vorzugehen und gemeinsam Fortschritte im medizinischen Alltag zu erzielen. Im Fokus stand dabei der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) AntiResist unter dem Lead der Universität Basel, an dem unter anderem das Universitätsspital Basel, die ETH Zürich in Basel sowie verschiedene Basler Startup-sowie Pharmaunternehmen aktiv mitarbeiten.

Der Kanton hat die Ansiedlung von Moderna in Basel unterstützt, welche an einem CO-VID19-Impfstoff forscht.^{vi}. Wie können weitere solche Firmen in Basel angesiedelt werden?

Die Ansiedlung von Moderna wurde von der oben erwähnten Basel Area Business & Innovation (BA) mit Beratungsleistungen unterstützt. Es ist das Ziel dieser Organisation, wie auch des Kantons, weitere Unternehmen, gerade auch im Bereich Life Sciences, in der Region anzusiedeln. Dadurch wird der Cluster weiter gestärkt, was diesen wiederum für weitere Unternehmen aus dem In- und Ausland attraktiver macht.

Zudem sei hier die Langzeitstudie «COVCO-Basel» erwähnt: Um eine nachhaltige Analysegrundlage über die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Lebensumstände zu schaffen, haben die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Juli beschlossen, zusammen mit dem federführenden Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) die Langzeitstudie «COVCO-Basel» zu starten. Deren Ziel ist es, die direkten und indirekten Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Menschen und ihr Verhalten zu erfahren und gleichzeitig aktuelle Aussagen zur Seroprävalenz in der Bevölkerung zu erhalten. Die Studie ist ein wichtiger Bestandteil des Nationalen Forschungsprogramms «Corona Immunitas» (<https://www.corona-immunitas.ch/>) der Swiss School of Public Health und verfügt damit über internationale Ausstrahlung, was die Attraktivität von Basel als Wissenschaftsstandort stärkt.

Mittels der beschriebenen Aktivitäten konnte der Kanton Basel-Stadt die Versorgungslage im Rahmen der Pandemiebewältigung in den vergangenen Monaten stark verbessern. Darüber hinaus investiert er in enger Zusammenarbeit mit dem Bund in die langfristige Gewährleistung von Versorgungssicherheit, Lagerhaltung und Rückverlagerung der Produktion.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin

ⁱ <https://www.scienceindustries.ch/article/14448/position-zu-produktion-und-lagerhaltung-in-der-schweiz>

ⁱⁱ <https://kontrast.at/corona-medikamente-forschung-pharmaindustrie/>

ⁱⁱⁱ <https://www.tt.com/artikel/30743746/abwanderung-vom-tisch-penicillin-produktion-bleibt-in-tirol>

^{iv} <https://www.ifpma.org/partners-2/the-amr-action-fund/>

^v <https://baselarea.swiss/de/blog-post/moderna-treibt-produktion-von-impfstoff-aus-basel-voran/>

^{vi} <https://baselarea.swiss/de/blog-post/moderna-treibt-produktion-von-impfstoff-aus-basel-voran/>